

# Landesstelle Massen soll erweitern – Unna muss überdies mit Stadt-Zuweisungen rechnen

Geschrieben von Silvia Rinke am 1. Oktober 2015 in Politik+Gesellschaft, Tagesthema, Wirtschaft+Handel

Das Land will die Erstaufnahmeeinrichtung in Massen (frühere Landesstelle) **baulich erweitern – um 200 bis 400 Regelplätze**. Zudem muss die Stadt Unna damit rechnen, trotz der vielen Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung **wieder „eigene“ Asylbewerber zugewiesen zu bekommen**. Eine Arbeitsgruppe im Rathaus sondiert derzeit mögliche Unterkünfte (wir berichteten).

Von dieser „Schlüsselzuweisung“ von Flüchtlingen an die Städte und Gemeinden in NRW war Unna bisher ausgenommen; eben weil auf Unnaer Boden schon bis zu 800 bis 1000 Menschen untergebracht sind. Doch die nicht versiegenden Flüchtlingsströme werden diese Regelung voraussichtlich aufweichen.

Diese vorwarnenden Ankündigungen machte Bürgermeister Werner Kolter heute Abend im Haupt- und Finanzausschuss. Was die bauliche Erweiterung der Landesstelle betrifft, gebe es konkrete Anfragen der Regierungspräsidentin und den Innenministeriums, erklärte er. Die Rede sei von 200 bis 400 Regelplätzen zusätzlich zu den bisher vorhandenen 600 bis – zeitlich begrenzt- 800.

Eine **öffentliche Bürgerinformation** hält Kolter **derzeit nicht für nötig**. Als Klaus Göldner (Freie Liste Unna/FLU) ihn explizit danach fragte, ob denn eine öffentliche Information geplant sei – da sich in den sozialen Netzwerken, sehr deutlich auch an den Rundblick-Kommentaren, vermehrt Sorgen ablesen ließen -, sagte Kolter: Nein, er halte es für sinnvoller, dass er **zunächst die Standortfrage kläre**, bevor er an die Bürger herantrete.

Wann ist die Aufnahmeeinrichtung in Massen denn definitiv „voll“? Auch dies wollte Göldner vom Bürgermeister wissen. Kolters Antwort: Es seien **ca 1.500 Menschen** auf dem Areal händelbar – hinsichtlich auf die Nachbarschaft und auf Sicherheitsfragen. „Ich verbringe momentan drei Viertel meiner Arbeitszeit nur mit diesem Thema“, machte Kolter klar, in welcher Ausnahmesituation sich die Kommunen befinden, seit sich die Flüchtlingssituation so unvorhersehbar entwickelt habe und weiter entwickle.

Kämmerer Karl-Gustav Mölle hatte zuvor in einem anderen Zusammenhang betont (als es um den Nachtragshaushalt ging), dass die Stadt für die **Flüchtlingshilfe „hoffnungslos unterfinanziert“** sei. „Die **670 Euro pro Flüchtling**, die wir pro Monat bekommen, sind bei Weitem – **bei Weitem! – nicht auskömmlich**“, schlug Unnas oberster Kassenwart Alarm. Die Kommunen brauchten zwingend eine 100-Prozent-Finanzierung, denn zu dem organisatorischen Aufwand rund um die Flüchtlingshilfe entstünden der Stadt auch noch weitergehende Kosten, vor allem personelle. „**Wir stehen mit dem Rücken zur Wand.**“